

# „Endlich sagt's auch der Minister“

## Afghanistan: Guttenberg zeigt Verständnis für Soldaten, die von Krieg sprechen – Lob des Bundeswehrverbands

Von Thorsten Jungholt

BERLIN – Mit spürbarer Leidenschaft, so schrieb die hauseigene Zeitung des Verteidigungsministeriums in dieser Woche, gehe Karl-Theodor zu Guttenberg seine Aufgabe an. Es folgte eine wahre Lobeshymne auf den neuen Minister: Dynamisch wirke der mit 37 Jahren jüngste Ressortchef in der Geschichte der Bundeswehr, ausführlich erinnert wurde auch an seine militärische Verwurzelung. Der CSU-Politiker habe seinen Wehrdienst im Gebirgsjägerbataillon 233 geleistet, sei Unteroffizier der Reserve und verfüge über familiäre Bindungen zum deutschen Widerstand. Guttenbergs Urgroßonkel Karl-Ludwig war 1945 von der Gestapo ermordet worden.

Ebenso reichlich wie die Vorschusslorbeeren sind allerdings die Erwartungen an den neuen „IbuK“, den „Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt“. Guttenberg soll vor allem die Außendarstellung der Truppe aufpolieren und der Bevölkerung die Mission in Afghanistan plausibel erklären. Seinem Vorgänger Franz Josef Jung (CDU) war das nicht wirklich gelungen. Zwar hat Jung faktisch einiges erreicht: Er hat ein Ehrenmal bauen lassen, Tapferkeitsmedaillen sowie ein öffentliches Gelöbnis vor dem Reichstag eingeführt und für einen stabilen Haushalt der Bundeswehr gesorgt. Wenn es aber um Afghanistan ging, dann verhedderte sich Jung mit seinen bescheidenen rhetorischen Fähigkeiten regelmäßig im Dickicht der völkerrechtlichen Fachbegriffe.

Guttenberg demonstrierte nun, wie man die offizielle Sprachrege-

lung der Bundesregierung einhalten und der Einsatzwirklichkeit vor Ort dennoch gerecht werden kann. Nach dem Völkerrecht könne ein Krieg nur zwischen Staaten stattfinden, sagte Guttenberg in der „Bild“-Zeitung. „Aber glauben Sie, auch nur ein Soldat hat Verständnis für notwendige juristische, akademische oder semantische Feinsinnigkeiten?“ Er verstehe jedenfalls jeden Soldaten, der sage: „In Afghanistan ist Krieg, egal, ob ich nun von ausländischen Streitkräften oder von Taliban-Terroristen angegriffen, verwundet oder getötet werde.“ Die herkömmliche Wortwahl passe für die neue Bedrohung nicht mehr, sagte Guttenberg und erfand flugs eine neue Terminologie: In Teilen Afghanistans gebe es fraglos „kriegsähnliche Zustände“.

Der Bundeswehrverband begrüßte die Klarstellung. Man sei dem Minister dankbar, „dass er die Dinge beim Namen nennt“, sagte Verbandschef Ulrich Kirsch in Interviews. Guttenberg zeige, „dass er den Puls der Truppe fühlt“. Viele Soldaten würden nun denken: „Endlich sagt's auch der Minister.“ Auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), wertete die Äußerungen als „richtiges Signal an die Truppe“.

Zu einer möglichen Truppenaufstockung am Hindukusch äußerte sich Guttenberg allerdings ähnlich zurückhaltend wie sein Vorgänger. „Deutschland entzieht sich nicht“, sagte der CSU-Politiker. „Wir sind drittstärkster Truppensteller mit über 4300 Soldaten.“ Das Mandat des Bundestages sieht den Einsatz von maximal 4500 Soldaten vor und

muss am 13. Dezember verlängert werden. Jung hatte stets erklärt, diese Grenze sei auch für das neue Mandat ins Auge gefasst. Änderungen seien erst nach der für Anfang nächsten Jahres geplanten Afghanistan-Konferenz denkbar.

Das scheint nun auch die Linie der neuen Bundesregierung. Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner sagte, vor dieser Konferenz werde nichts verändert. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer (FDP), forderte, vor der Entscheidung über die Truppenpräsenz müsse die Frage nach der Strategie beantwortet werden. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hatte jüngst betont, dabei müsse neben Afghanistan auch Pakistan einbezogen werden. Bei den dafür nötigen Gesprächen mit den USA soll es dem Vernehmen nach nicht nur um Truppenstärken gehen, sondern auch um verstärkte Polizeiausbildung und zivile Aufbauhilfe in Afghanistan sowie die Entwicklungshilfe für Pakistan.

Eine zentrale Rolle wird dabei dem gerade im Amt bestätigten afghanischen Präsidenten Karzai zukommen. Westerwelle forderte ihn auf, Wiederaufbau, Sicherheit und Korruptionsbekämpfung entschieden anzugehen. Ähnlich äußerten sich US-Präsident Barack Obama und der britische Premier Gordon Brown. Karzai griff diese Mahnungen auf und kündigte die Bildung einer lagerübergreifenden Regierung und einen entschiedenen Kampf gegen Korruption an. Die radikal-islamischen Taliban rief Karzai auf, „nach Hause zurückzukehren und ihr Land anzunehmen“.